

Albrecht von Lucke

»Ami go home«: Der Irrweg der Wagenknecht-Lafontaine-Linken

Derweil der Krieg in der Ukraine zu einer immer größeren Tragödie wird, spielt sich – verglichen damit – auf deutschem Boden eine Farce ab. Allerdings mit erheblichen politischen Implikationen: An der Kriegsfrage entscheidet sich, wieder einmal, wohin die Linke in diesem Lande geht. Für diesen Richtungsstreit stehen exemplarisch die Zehntausenden, die um den Jahrestag des russischen Überfalls auf die Straße gegangen sind – die einen demonstrierend für das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine, die anderen, dem „Aufstand für Frieden“ von Sahra Wagenknecht und Alice Schwarzer folgend, für den Stopp der Waffenlieferungen. Und während Gregor Gysi, lange Zeit *die* integrierende Autorität der Partei, den Aufruf mitunterzeichnet hat, hat sich der Vorstand der Linkspartei wegen der „rechtsoffenen Position“ des Manifests ausdrücklich davon distanziert.

Damit kommt in der Kriegsfrage eine Spaltung in der Linkspartei zum Abschluss, die sich schon lange abgezeichnet hat. Ihre erste Phase war die radikale Absage der Wagenknecht-Lafontaine-Fraktion an jegliche gemeinsame Politik mit SPD und Grünen, was im fundamentalen Gegensatz zum ursprünglichen PDS-Konzept stand, eben nicht mehr in fataler Tradition die alleinige Verkörperung linken Wahrheitsanspruchs sein zu wollen, sondern auch und gerade Teil einer gestalterischen linken Koalition.¹

Die zweite Etappe der Spaltung war die Gründung des Wagenknecht-Projekts „Aufstehen“ mit seinem rein national ausgerichteten Schutzanspruch für die hier lebenden Deutschen und der gleichzeitigen Absage an das „unteilbar“-Bündnis, das auf eine diverse, multikulturelle Gesellschaft und den universalistischen Schutz der Menschenwürde setzte. Damit war die Idee einer sich wechselseitig befruchtenden „Mosaik-Linken“ (Hans-Jürgen Urban)² zerstört. Endgültig manifest wurde dieser Bruch in Sahra Wagenknechts Fundamentalkritik an einer angeblichen großstädtisch-akademischen „Lifestyle-Linken“, die mit ihrer ökologisch ausgerichteten Politik die Klassenfrage verdränge und damit die wirklich Bedürftigen verrate.³

Jetzt aber, mit dem „Aufstand“ in der Kriegsfrage (und nach dem kläglich gescheiterten Projekt „Aufstehen“) kommt es endgültig zum Schwur. Und zwar nicht primär aufgrund der Teilnahme von Rechten an der Demonstration, sondern wegen der inhaltlichen Ununterscheidbarkeit der Positionen etlicher Betreiber des „Aufstand“-Projekts von denen rechter Protagonisten. Wenn Wagenknecht höchstpersönlich die Grünen als „die gefährlichste Partei im Bundestag“⁴ bezeichnet, dann bringt das nicht nur ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem grünen Menschheitsthema zum Aus-

1 Ausführlicher zur Entstehung der Linkspartei aus PDS und WASG siehe Albrecht von Lucke, *Die schwarze Republik und das Versagen der deutschen Linken*, München 2017.

2 Hans-Jürgen Urban, *Die Mosaik-Linke*, in: „Blätter“, 5/2009, S. 71-78.

3 Sahra Wagenknecht, *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt*, Frankfurt und New York 2021.

4 Vgl. „Die gefährlichste Partei im Bundestag“, www.tagesschau.de, 21.10.2022.

druck, sondern ist zugleich eine Aussage, der jedes AfD-Mitglied in seinem Kampf gegen die „rot-grün-versifftete Republik“ begeistert zustimmen kann.

Im Kern geht die Auseinandersetzung um die Richtung der Linkspartei aber noch tiefer, nämlich im wahrsten Sinne um die Raison d'être der bundesrepublikanischen Linken – um das Verhältnis zum Multilateralismus, zum Westen und zur transatlantischen Partnerschaft. Und damit um die Frage, wer letztlich der Verantwortliche für diesen Krieg ist.

Berlin-Moskau: Die eurasische Vision

Nicht nur auf der großen Wagenknecht-Schwarzer-Demo am 25. Februar war die Antwort für viele glasklar: Die Kriegstreiber sitzen nicht in Moskau, sondern in den USA – und in der grünen Partei. Demnach handelt es sich um eine Eroberungskampagne der Nato, auf die Russland nur präventiv reagiert. Wagenknecht ist natürlich klug genug, diese Umdefinition nur anzudeuten, etwa wenn sie das Buch von Ulrike Guérot und Hauke Ritz anpreist, das den jüngsten Krieg nicht mit dem russischen Überfall am 24. Februar 2022 beginnen lässt, sondern bereits mit angeblichen Kriegshandlungen der Ukraine gegen die „Volksrepubliken“, also die von Putin erst okkupierten, dann annektierten und schließlich eingemeindeten Gebiete.⁵ Auf diese Weise mutiert Russlands Krieg tatsächlich zur bloßen „Spezialoperation“ – als „Notwehr“ gegen einen angeblichen US-amerikanischen Angriffskrieg.

Andere aus dem engsten Kreis um Wagenknecht machen aus ihrem Herzen noch weniger eine Mördergrube, wie etwa Diether Dehm. Das Pentagon habe den Krieg „auf dem Rücken Europas“ mit Hilfe von „ukrainischen

Killerbanden mit SS-Symbolen“ vorbereitet und die Bundesregierung als angeblich treuer Vasall der USA habe bei der Kriegsvorbereitung mitgeholfen, so Dehm: „Das Minsker Abkommen II des damaligen Außenministers Steinmeier entpuppte sich als reines Hinhaltenmanöver der deutschen Regierung und der Nato, um den ukrainischen Nazifaschistenfreunden ihre Zeit zum Aufrüsten einzuräumen.“⁶

Was Wagenknecht bisher eher andeutet, spricht derweil ihr Mann Oskar Lafontaine in seiner neuen Schrift „Ami, it's time to go“ in entwaffnender Ehrlichkeit aus. „Das Ziel der US-Politik ist es seit 100 Jahren, Deutschland und Russland gegeneinander aufzubringen“, heißt es dazu von ihm in einem Interview mit dem „Freitag“.⁷ Deshalb wollten die USA „den Krieg so lange wie möglich führen, um Russland zu schwächen“ – auch das eine klassische Täter-Opfer-Umkehr.

Hinter dem „Ami raus aus Europa“ steckt letztlich die Idee eines „vereinten Eurasiens“, eines Europas mit enger Bindung an Russland, aber ohne die Vereinigten Staaten, wie es Guérot und Ritz fordern, aber auch die engste Wagenknecht-Vertraute Sevim Dağdelen, die dezidiert von einem „eurasischen Block“ spricht, den die USA mit dem „Stellvertreterkrieg der Nato“ in der Ukraine gegen Russland zu sprengen versuchten.⁸

Für diese eurasische, angeblich pazifistische Vision beruft sich das Wagenknecht-Lafontaine-Lager auf die sozialdemokratische Entspannungspolitik der 1970er Jahre. Dafür wird seit Jahren ein einziger Satz Willy Brandts völlig aus dem Zusammen-

6 Pascal Beucker und Tanja Tricarico, Friedenswarr in München, in: „die tageszeitung“, 18.2.2023.

7 „Oskar Lafontaine, was würden Sie besser machen als Olaf Scholz?“, in: „Der Freitag“, 7/2023.

8 Sevim Dağdelen, Deutsche Panzer gegen Russland? Die USA wollen Deutschland ins Feuer schicken, in: „Berliner Zeitung“, 16.1.2023.

5 Ulrike Guérot und Hauke Ritz, Endspiel Europa: Warum das politische Projekt Europa gescheitert ist – und wie wir wieder davon träumen können, Frankfurt a. M. 2022.

hang gerissen, um der Ikone der Sozialdemokratie die eigene Position unterzuschieben. In seiner Rede zum Empfang des Friedensnobelpreises 1971 in Oslo sagte Brandt: „Krieg ist nicht die Ultima Ratio, sondern die Ultima Irratio“ – für Wagenknecht und Co. heute Beleg der Tatsache, dass sich jede militärische Unterstützung der Ukraine verbietet.

Brandts Politik: Im Westen verankert

Brandt, der sich aufgrund seines Todes im Jahr 1992 nicht mehr selbst gegen diesen infamen Missbrauch verteidigen kann, stand aber dezidiert für das Gegenteil. „Ich bekenne mich nachdrücklich zu den universellen Prinzipien des allgemeinen Völkerrechts, so oft sie auch missachtet werden. Sie haben in den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen ihren verbindlichen Ausdruck gefunden: Souveränität – territoriale Integrität – Gewaltlosigkeit – Selbstbestimmungsrecht der Völker – Menschenrechte. Die Grundsätze sind unabdingbar, auch wenn es an ihrer Erfüllung so oft mangelt“, heißt es in seiner Osloer Rede, und weiter: „Das schließt die Unverletzlichkeit bestehender Grenzen notwendig ein.“⁹ Mit einem Verschleiern oder Leugnen des russischen Eroberungskrieges ist dies völlig unvereinbar, vielmehr folgt daraus eine Unterstützung des Selbstverteidigungsrechts der Ukraine.

Brandt erinnerte sich in Oslo auch des „naiven Humanismus“ seiner jungen Jahre, als er für Bertha von Suttner „Die Waffen nieder“ schwärmte. Doch er wusste stets, dass der Gesinnungspazifismus als totaler Gewaltverzicht moralisch integer nur für das eigene Leben, aber nicht für das andere gelten kann. Viel wichtiger ist für Brandt die Tradition des Rechtspazifismus, die auf die Herstellung einer gerechten und friedlichen Weltordnung

abzielt: „Der Frieden ist so wenig wie die Freiheit ein Urzustand, den wir vorfinden: Wir müssen ihn machen, im wahrsten Sinne des Wortes“, so Brandt in Oslo ganz in der Tradition Immanuel Kants. *Pacem facere*, Frieden aktiv stiften: Das ist die Kontinuitätslinie seines Lebens, das Streben nach einer völkerrechtlich grundierten Weltinnenpolitik.

Dass Brandt sich dabei nie als Gesinnungspazifist verstand, geht bereits aus seiner Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg hervor. Aus dieser, seiner doppelten totalitären Erfahrung, mit dem Faschismus, aber auch dem Bolschewismus, strebte Brandt eine eigenständige europäische Politik an, auch und gerade als Emanzipation von den Großmächten. Gleichzeitig aber ließ er – im Gegensatz zu Lafontaine – nie einen Zweifel daran aufkommen, dass seine eigene Entspannungspolitik nur auf der Basis einer festen Bindung an den Westen gelingen konnte. Brandt betonte ausdrücklich: „Das Etikett ‚Ostpolitik‘ sagt mir nicht zu. [...] In Wirklichkeit ist es so: Unsere Entspannungspolitik fing im Westen an und bleibt im Westen verankert. Wir wollen und brauchen die Partnerschaft mit dem Westen und die Verständigung mit dem Osten. Niemand sollte übersehen: Die westeuropäische Einigung, an der wir aktiven Anteil haben, behält für uns Priorität. Das Atlantische Bündnis ist für uns unverzichtbar.“¹⁰

Der Austritt aus der Nato war für Brandt daher nie eine Option. Schon auf dem Höhepunkt des Nachrüstungsstreits, bei dem Brandt – im Gegensatz zu Helmut Schmidt – bekanntlich viel Sympathie für die Position der Friedensbewegung hatte, verließ hier für ihn die rote Linie. Auf der großen Demonstration im Bonner Hofgarten am 22. Oktober 1983 sprach er sich zwar gegen den Nato-Doppelbeschluss aus, aber zugleich für die deutsche Verteidigungsbereitschaft, Bundeswehr und Nato-Mitgliedschaft, was

9 Zit. nach von Lucke, a.a.O., S. 172, 175.

10 Ebd., S. 173 f.

ihm beim bedingungslos gesinnungspazifistisch eingestellten Teil der Demonstranten „Buhrufe und einen Hagel von Feuerwerkskörpern und Eiern“ einbrachte.¹¹ Schon damals hatte die Verantwortungsethik Brandts mit dem platten Antiamerikanismus in Teilen der deutschen Linken – wie auch immer der Rechten – nichts zu tun. Doch diese Spaltung der Linken hat das Ende des Kalten Krieges in fataler Weise überdauert. Der entscheidende Unterschied besteht bloß darin, dass es sich bei der damaligen Sowjetunion um eine den Status quo sichernde Macht handelte und bei dem heutigen Putin-Russland um eine revisionistisch-imperialistische.¹² Das ist der zentrale Grund für die noch größer gewordene Notwendigkeit des Nato-Bündnisses und der transatlantischen Partnerschaft, solange Europa nicht selbst verteidigungsfähig ist. Die Lage in der Ukraine zeigt jedenfalls, wie wehrlos dieses Europa ohne die militärische Unterstützung der USA heute wäre. „Wir sind blank“, hat es der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Alfons Mais, auf den Punkt gebracht.

Das verdrängen alle jene, die jetzt eine neue deutsch-russische, eurasiatische Freundschaft propagieren, ohne die USA auf europäischem Boden. Daher muss sich jetzt an dieser existenziellen Frage klären, wohin die Linkspartei geht. Der Ex-Vorsitzende Gregor Gysi hat seine Entscheidung jedenfalls getroffen. Für ihn ist die entscheidende Frage nicht die wertorientierte Verortung der Linken, sondern das „Überleben“ der Partei. Und er kann sich gewiss sein, dass die rein machtfixierten Strategen um Dietmar Bartsch diese Position absolut teilen. Dafür geht Gysi die Zusammenarbeit mit dem Magneten Wagenknecht („Sahra und ich haben eine histori-

sche Verantwortung, diese Partei zu retten“) über alles. Faktisch aber liefert Gysi, indem er Wagenknecht beknet, doch in der Linken zu bleiben, ihr die Partei regelrecht aus – und damit ihrem alles andere als linken Kurs. „Nationalpopulisten aller Parteien, vereinigt euch“, lautet das Leitmotiv der Wagenknechtschen Sammlungsbewegung.¹³ Deshalb werden die Unterschiede zwischen links und rechts ganz bewusst zum Verschwinden gebracht, zur Freude von Rechtsradikalen wie Jürgen Elsässer, der in seinem „Compact“-Magazin schon lange von der neuen Querfront schwärmt.

Gysi hat nicht erkannt – oder genauer: Er will nicht erkennen, dass es heute nicht um sein Lebenswerk geht, sondern um etwas weit Grundsätzlicheres, nämlich darum, wofür die Linke steht. „Links und frei“ lautete Brandts Leitspruch. Dieses freiheitlich-demokratische Erbe gilt es zu bewahren. Auch für die Linkspartei entscheidet sich an dieser Frage ihre Zukunft. Macht sie sich mit einem revisionistisch-reaktionären Russland gemein, oder versteht sie sich als eine Kraft, die die Freiheit nach innen wie nach außen verteidigt. Wenn sie weiter den schon immer reichlich anmaßenden Namen „Die Linke“ für sich in Anspruch nehmen will, ist letzteres ihre Aufgabe. Internationale Solidarität bedeutet, Freiheit und Menschenwürde der Ukrainerinnen und Ukrainer gemäß den Regeln des Völkerrechts zu verteidigen. Und zwar auch auf die Gefahr hin, dass ohne den Wagenknecht-Populismus der Einzug in den nächsten Bundestag misslingen könnte. Wie hatte einst ein anderer großer Linker gesagt: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“¹⁴ Es ist tragisch, dass wir in Zeiten leben, in denen man an diesen Mut wieder erinnern muss.

11 Peter Merseburger, Willy Brandt, 1913 – 1992, Visionär und Realist, Stuttgart und München 2002, S. 786.

12 Inklusive eines kleptokratischen Kapitalismus, der keinerlei „Systemalternative“ darstellt.

13 Vgl. Horst Kahrs u. Udo Wolf, Linkspopulismus trifft Rechtspopulismus, in: „Blätter“, 10/2022.

14 So begründete SPD-Chef Otto Wels am 23. März 1933 im Reichstag das „Nein“ der Sozialdemokratie zum Ermächtigungsgesetz.